

Im Haushaltsentwurf fehlen 555.000 Euro

Finanzielle Schieflage von Bund, Land & Kreis hat Auswirkungen auf Dietzhölztal



Die Fläche, auf der das neue Feuerwehrgerätehaus Mandeln gebaut werden soll, nimmt langsam Formen an. Es ist die größte Investition der Gemeinde im kommenden Jahr.

DIETZHÖLZTAL. Für einen ausgeglichenen Haushalt fehlen dem Bund für das kommende Jahr Milliarden. Wie das Loch gestopft werden soll, ist derzeit unklar – zumal die Regierung gerade keine Mehrheit im Parlament hat, das den Haushalt beschließen muss. Klar ist dagegen schon jetzt, dass das Minus in Berlin, das sich bei den Finanzen der Länder und des Kreises widerspiegelt, nicht ohne Auswirkungen auf die Gemeindekasse bleiben wird. So fehlen dem Kreis alleine 49,9 Millionen Euro – und der finanziert sich zu einem erheblichen Teil über die Kommunen.

Entsprechend düster sind die Aussichten, die Bürgermeister Andreas Thomas bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr in der vergangenen Sitzung der Gemeindevertretung beschrieb. Dazu kommt, dass noch nicht alle Zahlen der übergeordneten Ebenen, die Auswirkungen auf den Haushalt haben, bekannt sind. Der Entwurf – er ist gewissermaßen ein Vorschlag der Verwaltung und des Gemeindevorstands – sieht derzeit einen Fehlbedarf von 555.000 Euro vor. Er ist die Grundlage für die Beratungen der Gemeindevertreter, die den Haushalt acht Tage vor Heiligabend in ihrer letzten Sitzung in diesem Jahr beschließen sollen.

Anders als der Bund kann die Gemeinde die fehlenden Finanzmittel für den 2025-er Haushalt mit Überschüssen aus den vergangenen Jahren ausgleichen. Die Gemeindevertreter können aber auch durch Änderungen am Entwurf das Minus noch verringern, indem sie Einsparungen vornehmen, etwa indem sie auf geplante Investitionen verzichten.

Die vorgesehenen Investitionen summieren sich auf über 4,2 Millionen Euro. Mit zusätzlichen 1,6 Millionen schlägt allein der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Mandeln zu Buche, das rund 2,5 Mio. Euro kosten wird. Dazu kommen drei Fahrzeuge für die Wehren aus Ewersbach, Mandeln und Rittershausen, die zusammen mit 225.000 Euro veranschlagt sind.

Investiert werden muss zudem in die Abwasserbeseitigung und die Trinkwasserversorgung: 624.000 Euro sind hierfür im Entwurf vorgesehen.

„Es ist deutlich, dass wir nach rund 25 Jahren Stau bei der Erneuerung von Gemeindestraßen nunmehr aufgrund der vorhandenen Schäden handeln müssen“, erklärte der Bürgermeister im Dorfgemeinschaftshaus Steinbrücken. Hierbei will die Gemeinde Neuland betreten, indem sie einen Teil der Grundsteuer für die Finanzierung der Straßenerneuerung einsetzt. Bislang mussten die Anlieger

für den größten Teil der Kosten aufkommen, was nicht wenige vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt hatte. Diese alte Regelung mit hohen herkömmlichen Anliegerbeiträgen soll abgeschafft werden.

Den Anfang will die Gemeinde im nächsten Jahr mit der Jägerstraße in Ewersbach machen. 714.000 Euro sind für die Erneuerung der maroden Verbindung von Hauptstraße und Hüttenweg vorgesehen.



Die Jägerstraße in Ewersbach soll im nächsten Jahr für 714.000 € grundhaft erneuert werden.

Teurer, das kündigte der Rathaus-Chef ebenfalls an, werden die Preise für Oberflächen- und Schmutzwasser. Die genauen Beiträge für die Abwasserbeseitigung sowie die Hebesätze für die Grundsteuer sollen wie der Haushalt noch im Dezember beraten und beschlossen werden.

„Das, was wir heute verzehren und verbrauchen, müssen wir auch selbst finanzieren und nicht per Kredit auf die kommende Generation lasten“, mahnte der Bürgermeister Generationengerechtigkeit bei der Finanzierung der gemeindlichen Infrastruktur an.

Größter Posten bei den Einnahmen soll auch im nächsten Jahr die Gewerbesteuer sein: Sie ist im Entwurf mit 16,3 Millionen Euro kalkuliert. Rund 3,6 Millionen Euro sollen Dietzhölztal als kommunaler Anteil der Einkommensteuer zufließen.

Auf der Ausgabenseite ist wie in den Vorjahren die Kreisumlage der größte Posten. Sie steigt auf über 5,7 Millionen Euro, dazu kommen über 3,3 Millionen Euro Schulumlage und 2,25 Millionen Euro Solidaritätsumlage. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden mit 3,76 Millionen Euro veranschlagt.

Bilder + Text: Frank Rademacher